

Editorial

Die Menge wissenschaftlicher Literatur wächst, quer über alle Disziplinen, stetig exponentiell dahin und führt zu einer nicht mehr zu überblickenden Vielfalt an theoretischen wie empirischen Beiträgen. Das Informationsparadoxon, also dass wir die Relevanz einer Information erst beurteilen können, wenn wir uns damit befasst haben, verschärft diesen Sachverhalt. So können wir – trotz hoher Zeitinvestition und optimierter Nutzung sämtlicher verfügbarer Such- und Selektionsstrategien – kaum einmal eine Recherche abschließen. Eine wissenschaftliche Recherche wird heutzutage nicht beendet, sie wird, frei nach Goethes Diktum, im Normalfall einfach "für beendet erklärt."

Warum also vor diesem Hintergrund *noch* eine Zeitschrift gründen? Diese Frage ist durchaus berechtigt: an Zeitschriften herrscht wahrlich kein Mangel. Jedes Jahr gilt von neuem, dass noch nie so viele Seiten publiziert wurden, wie im Jahr zuvor. Interessanterweise wird im Zusammenhang mit dem jährlichen Kongress Momentum, dem *Momentum Quarterly* Name und Gründung verdankt, die Sinnfrage inzwischen nicht mehr gestellt. Es gibt zwar auch mehr als genug an Tagungen und Konferenzen, aber kaum welche davon sind geeignete Orte für eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen. Genau das ist aber das Ziel von Momentum, dem Kongress, genauso wie von Momentum, der Zeitschrift: ein wissenschaftliches Format für die Repolitisierung eines oft visions- und konzeptlosen politischen Diskurses zu adaptieren.

Diese Strategie folgt dabei aus einer Veränderung sowohl der Rolle der Wissenschaft als auch der politischen Eliten im Zeitalter der sogenannten "Postdemokratie". Einerseits werden kontinuierlich politische Entscheidungen zu bloßen Sachfragen erklärt und an Expertenbeiräte ausgelagert, wo sie nach vermeintlich objektiv-wissenschaftlichen Kriterien getroffen werden. Dieser Trend zur Technokratie ist inzwischen – gerechtfertigt mit Finanz-, Wirtschafts-, und Eurokrise – in Form von Expertenregierungen vollends im politischen Betrieb Europas angekommen. Wer sich heute zudem politisch einbringen will, kann an Sprache und Form der Wissenschaft nicht mehr vorbei. Obwohl also Wissenschaft sicher niemals unpolitisch war, so gilt doch: Nur selten war Wissenschaft so politisch wie heute.

Andererseits verliert Politik durch diese Entscheidungsdelegation nicht nur Handlungsräume, sondern wird zum bloßen Spielball von Lobbyinteressen und medialen Erregungszyklen, da Expertise nicht, wie oft suggeriert, zwangsläufig mit Interessensneutralität gleichgesetzt werden kann. Politik, verstanden als Bestimmung von und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, bisweilen auch konfliktäre Interessen, gilt es daher gerade im Kontext von Expertendiskursen sichtbar zu machen. Expertise kann, nach Max Weber, einen signifikanten Beitrag dazu leisten, politische Diskurse umfassend zu informieren, aber sie kann uns keine genuin politischen Entscheidungen – also Entscheidungen zwischen verschiedenen Interessen, Werten und Zielen – abnehmen.

Die Delegation inhaltlicher Fragen an vermeintlich neutrale ExpertInnen bestärkt wiederum die Tendenz, in der politischen Debatte kommunikativ-strategische Aspekte und taktische Überlegungen höher zu gewichten als inhaltliche Positionen oder substanzielle Überzeugungen. Dies führt zu einer systematischen Reduktion des Niveaus der politischen Auseinandersetzung sowie des Vertrauens und Ansehens politischer AkteurInnen. Ein Prozess, der es erleichtert, die Glaubwürdigkeit jener demokratischen Institutionen zu beschädigen, die sie repräsentieren. Diese Tendenz zur Selbstbeschädigung der Politik hat also einen einfachen Grund: Nur selten war Politik so unpolitisch wie heute.

Mit dieser problematischen Entwicklung verbunden sind aber auch Chancen. So bietet, einerseits, die stärkere Verwissenschaftlichung des politischen Diskurses Gelegenheit, das Ausbleiben von sozialem Fortschritt empirisch zu belegen und so hegemoniale Diskurse herauszufordern. Das gilt für (ungleiche)

Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands ebenso wie für die (fehlende) ökologische Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftssystems oder die (ausbleibende) Gleichstellung der Geschlechter. Die Wissenschaftlichkeit der Auseinandersetzung bietet empirisch fundierten Argumenten bisweilen bessere Möglichkeiten zu reüssieren, als der massenmedial vermittelte, politische Schlagabtausch. Voraussetzung dafür ist aber die Wahrung wissenschaftlicher Form, Transparenz und Ethik.

Medien und Politik sind inzwischen gleichermaßen jener Sprechblasen überdrüssig, für deren Dominanz sie wiederum wechselseitig verantwortlich sind. Informiert Position zu beziehen und diese auch gegen öffentliche Widerstände und Schmähungen zu vertreten, bedeutet der Kurzfristigkeit medialer Erregungszyklen bewusst mit langfristiger Überzeugtheit entgegenzutreten. Voraussetzung dafür ist aber die Verknüpfung wissenschaftlich fundierter Positionen mit politischer Haltung.

Für beide Seiten, Wissenschaft und Politik, gilt deshalb, dass nur das als Argument in normativer Auseinandersetzung dienen sollte, was bei kritisch-wissenschaftlicher Prüfung Bestand hat. Und genau deshalb bemüht sich *Momentum Quarterly* um Beiträge, die eine fundierte wissenschaftliche Reflexion politikrelevanter Themen und Probleme zum Inhalt haben. Durch die Publikation progressiver, theoretisch und empirisch fundierter Ideen und Konzepte sowie kritischer Reflexionen bestehender politischer Praktiken soll so der Balanceakt zwischen inhaltlicher bzw. konzeptioneller Autonomie und Auseinandersetzung mit dem öffentlichen politischen Diskurs gelingen.

Eingedenk der geschilderten Verwissenschaftlichung politischer Auseinandersetzung reicht es aber nicht, inhaltlich stimmige Argumente vorzutragen, um damit überzeugen zu können. Auch die Form und der Kontext sind entscheidend. Das ist wiederum der Grund für die gewählte Form von *Momentum Quarterly* als einer Zeitschrift mit wissenschaftlichen Qualitätsstandards und Open Access Policy.

Sämtliche in *Momentum Quarterly* publizierten Beiträge durchlaufen ein Begutachtungsverfahren ("peer review") basierend auf dem Prinzip wechselseitiger Anonymität ("double blind") von GutachterInnen und Begutachteten. Wir sind uns dessen bewusst, dass dieses Verfahren neue Ideen und alternative Konzepte behindern kann und bisweilen eher zur Absicherung etablierter Ideen denn zur tatsächlichen Sicherung der Qualität führt. Nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass eine sorgsame Handhabung dieses Verfahrens oftmals eine qualitative Steigerung der eingereichten Beiträge erlaubt. Als HerausgeberInnen bemühen wir uns gezielt um eben diese "sorgsame Handhabung" und versuchen bei der Abwicklung dieses Prozesses aus unseren eigenen, teils frustrierenden, teils lohnenden, Erfahrungen mit Begutachtungsverfahren zu lernen. Dazu zählen insbesondere die folgenden Punkte:

- Offenheit: Verschiedenste thematische, theoretische, methodische und formale Herangehensweisen können einen Beitrag zu den oben skizzierten Zielen leisten. Momentum Quarterly ist ein interdisziplinäres Journal, dessen gemeinsamer Nenner die wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit Fragen sozialen Fortschritts ist.
- *Schnelligkeit*: Wir bemühen uns um eine möglichst rasche Abwicklung und Entscheidungsfindung, nicht zuletzt weil lange Begutachtungsverfahren für alle Beteiligten von Nachteil sind.
- Anleitung: Häufig sind die Hinweise von GutachterInnen widersprüchlich und vertreten eine eigene wissenschaftliche oder konträre Position. In so einem Fall sehen wir es als unsere Aufgabe, Vorschläge für mögliche Überarbeitungsstrategien zu geben. Klarerweise bleibt es den AutorInnen überlassen, ob und wieweit sie diese aufgreifen wollen.
- Zugänglichkeit: Sämtliche Beiträge erscheinen im Volltext online unter einer Creative-Commons-Lizenz. Das soll nicht nur die Sichtbarkeit erhöhen, sondern entspricht auch dem Ideal wissenschaftlicher wie politischer Diskussion, nach einer möglichst umfassenden Inklusion potentiell interessierter AkteurInnen.

Wir hoffen dass es diese Rahmenbedingungen erlauben, den selbst gesetzten Zielen von *Momentum Quarterly* nachzukommen, also durch einen Beitrag zum politischen und akademischen Diskurs auch einen Beitrag zu sozialem Fortschritt insgesamt zu leisten.

Leonhard Dobusch, Jakob Kapeller und Stefanie Wöhl editors@momentum-quarterly.org